

Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

„Switch-Off“ in Bremen: Aufklärung und Abwehr linksextremer Sabotage

Der mehrtägige Stromausfall in Teilen Berlins als Folge eines linksextremistischen Anschlags am 3. Januar 2026 zeigt die Gefahren für die kritische und allgemeine Infrastruktur in Deutschland durch Sabotageakte, die schon kleine Gruppen gewaltbereiter Extremisten ausüben können. Wie das Bundesamt für Verfassungsschutz darstellt, greifen Linksextremisten seit 2011 „gezielt kritische Infrastrukturen, aber auch Einrichtungen der allgemeinen Infrastruktur in Deutschland an“. Schon vor dem jüngsten Anschlag in Berlin unterbrachen „Anschläge auf Kabelschächte, Strom- oder Mobilfunkmasten“ mehrfach die Stromversorgung ganzer Stadtteile, wie der Verfassungsschutzbericht 2024 (S. 158-160) darstellt.

Bei diesen Anschlägen wird immer wieder Bezug genommen auf die Kampagne „Switch off – the system of destruction“ (kurz: „Switch off“), die das „klassische“ linksextremistische Aktionsfeld „Antikapitalismus“ mit klimapolitischen Themen verknüpft. Nach der Analyse des Verfassungsschutzes ist „Switch off“ die „derzeit bedeutendste militante Kampagne im Linksextremismus“, die linksextremistischen Akteuren ein Gefühl von Zusammengehörigkeit und Macht vermittelt. Bereits für 2024 registrierte der Verfassungsschutz eine Liste von über 100 Straftaten unter diesem Label. Dazu zählte der Verfassungsschutz auch Brandanschläge auf mehrere Kabelstränge entlang der Zugverbindung zwischen Bremen und Hamburg am 29. Juli 2024, die zu Behinderungen des Bahnverkehrs führten (Ebenda, S. 161-162).

Auch in Bremen verüben Linksextremisten im Zusammenhang mit der „Switch-Off“-Kampagne Anschläge. So setzten am 6. Februar 2024 bisher unbekannte Täter zwei Fahrzeuge der Deutschen Bahn in den Stadtteilen Neustadt und Findorff in Brand, die vollständig vom Feuer zerstört wurden. Auf der linksextremistischen Plattform „de.indymedia.org“ wurden diese Straftaten mit der Beteiligung der Deutschen Bahn an dem Infrastrukturprojekt „tren Maya“ im Süden Mexikos gerechtfertigt. Wie das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz darstellt, nahmen die Linksextremisten dabei „die Gefährdung von Menschenleben sowie die Zerstörung des Privateigentums von unbeteiligten Dritten bewusst in Kauf“ (Verfassungsschutzbericht Bremen, S. 101.). Mit dem Ausbau der Hafenanlagen in Bremerhaven zu militärischen Zwecken rückt das Land Bremen über die allgemeine Gefährdungslage hinaus zusätzlich in den Fokus von Linksextremisten, die einen vermeintlichen „Imperialismus“ und „Militarismus“ attackieren (Ebenda, S. 99).

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Straftaten wurden im Zuge der Kampagne „Switch off“ im Land Bremen bisher begangen? Es wird um eine vollständige Auflistung unter Angabe

von Zeit, Ort, strafrechtlicher Zuordnung und verursachten Schäden getrennt nach den Jahren 2023 bis 2025 für Bremen und Bremerhaven gebeten.

2. Welchen linksextremistischen Gruppierungen („Vulkan-Gruppe“, „Letzte Generation“, „Angry Birds“ o. a.) lassen sich die Straftaten zuordnen? Bitte getrennt nach Jahren wie zu Ziffer 1. für Bremen und Bremerhaven auflisten.
3. Konnten zu den unter Ziffer 1. erfragten Straftaten bisher Täter ermittelt werden und welche Erkenntnisse gibt es zu den Tätern? Bitte getrennt nach Jahren wie zu Ziffer 1. für Bremen und Bremerhaven beantworten.
4. Falls es keine Erkenntnisse zu den Tätern gibt: Welche Hindernisse stehen einer Aufklärung dieser Straftaten entgegen? Bitte getrennte Antwort für Bremen und Bremerhaven.
5. Was unternimmt der Senat, um diese Hindernisse zu beseitigen und die Taten aufzuklären?
6. In welcher Weise wird das Stromnetz im Land Bremen vor Anschlägen und Sabotageakten geschützt, z. B. durch eine Videoüberwachung vulnerabler Stellen?

Beschlussempfehlung:

Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND